

Der Rote Kämpfer

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Posten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschafts Rundschau / Der proletarische Kulturmäpf / Für unsere Frauen / Energie

Besitzungsbeitrag monatlich, frei Haus 2,50 RM. (halbmonatlich 1,25 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 RM. (ohne Zusatzversandgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-21 / Reichsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Frankfurter 17250 / Postfach 15690, Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Frankfurter 17250 / Druckerei: Arbeiterdruckerei Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonntags 13-14 Uhr

Einzelpreis: Die neuromal gesetzte Sonderausgabe oder dezen Raum 0,30 RM., mit Sammelangebot 0,20 RM. für die Zeitungssatz anliegend an den dreipflogigen Teil einer Zeitung 1,50 RM. Einzelzahm wochentags die 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Güterbahnhofstr. 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Süßen höherer Gebot befreit kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 3. April 1929

Nummer 77

rote Opposition erobert Blohm & Voß!

Gieg der Kommunisten auf der größten Hamburger Werft

Hamburg, 3. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern fanden die Betriebsratswahlen bei Blohm & Voß statt. Sie brachten der Opposition einen gewaltigen Sieg. Voriges Jahr war der Arbeiterrat und Betriebsrat von Blohm & Voß von den Sozialdemokraten besetzt. Es war sein einziges oppositionelles Arbeiterratsmitglied vertreten. Dieses Jahr trat die Opposition mit einer eigenen Liste auf und erhielt die absolute Mehrheit aller Stimmen. Von den 6327 abgegebenen Stimmen erhielten:

1. Opp.	3448 Stimmen
2. Reformisten	2511 *
3. Christen	200 *

Die Siege im Arbeiterrat werden wie folgt verteilt: Opposition 14, Reformisten 10, Christen 1.

Die katastrophale Niederlage der Sozialdemokraten auf der größten Hamburger Werft hat in Hamburg großen Eindruck gemacht. Die Reformisten verloren, die Niederlage wieder damit zu erklären, daß „nur die Unorganisierten“ für die Kommunisten geltend haben. Tatsache ist aber, daß die Opposition die Mehrheit unter den Unorganisierten hat, auch unter den Organisierten hat. Auch in den selbstorganisierten Branchen hat die Opposition die Mehrheit erreicht:

Bei den Schiffbauern erhielt die Opposition 817, die Reformisten 248 Stimmen, bei den Köttern, Bohern und Stemmern erhielt die Opposition 472, die Reformisten 87 Stimmen, bei der Maschinenfabrik II erhielt die Opposition 255, die Reformisten 228 Stimmen, in der Kupferschmiede II erhielt die Opposition 111 Stimmen, die Reformisten 49, in der Roland I erhielt die Opposition 138 Stimmen, die Reformisten 53 Stimmen, bei den Död- und Zimmerleuten erhielt die Opposition 125, die Reformisten 97 Stimmen.

Die Belegschaft von Blohm & Voß hat durch diese Wahl die Antwort auf den reformistischen Vorstoß beim Werftarbeiterkongress gegeben.

Der Vormarsch im Ruhrgebiet

Duisburg, 3. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Das Betriebsratsmehrheitsgebaus der Krupp-Hütten brachte einen vollen Sieg für die rote Liste. Wahlberechtigt waren 1874. Gewählt haben 1267. Dabei erhielt die Liste 5 (rote Liste) 579 Stimmen, die Liste 1 der Reformisten 247, die Liste 2 der Christen 122, die Liste 3 der Christen 206 Stimmen.

Bei der Niederrheinischen Hütte zeigte sich folgendes Ergebnis: Liste 1 freie Gewerkschaften 1881 Stimmen, 8 Betriebsräte; Christen 412 Stimmen, 2 Betriebsräte; Christen 246 Stimmen, 1 Betriebsrat; Stahlhüttler 44 Stimmen, keinen Betriebsrat. Von den 9 freigewerkschaftlichen Betriebsräten sind 7 oppositionell.

Gieg auch in Erfurt

Erfurt, 3. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Wahlen zum Betriebsrat der bedeutenden Walzwerke brachten der Opposition einen vollen Erfolg. Die oppositionelle Liste erhielt 5 Mandate, die Reformisten erhielten 3 Mandate.

Die „Rote Fahne“ schreibt dazu: „Der Vormarsch der roten Betriebsräte im ganzen Reich kann von den Reformisten und der kapitalistischen Presse nicht mehr verschwiegen werden. Diesmal bei das Wort!

die schwerpunktmäßige „Deutsche Bergwerkszeitung“.

Sie schreibt: „Mit Triumphgefühl vorzeichen die Kommunisten ihren Erfolg bei den Betriebsrätewahlen im Ruhrgebiet. Sie haben Anlaß, sich ihrer Vordringens und der Zukunft ihrer Wähler zu freuen. Sie haben bereits den roten Siegesmarsch gegen die überlade Bourgeoisie vor Augen.“ Jawohl, das revolutionäre Proletariat weiß, daß jeder Schritt vorwärts ein Teil des roten Siegesmarsches gegen die gitternde Bourgeoisie ist.“

Und weshalb muß nun die Bourgeoisie gerade anlässlich der Wahlserfolge der unter Führung der Kommunisten stehenden revolutionären Gewerkschaftsopposition jubeln? Weil hier die Zeit an die Wurzel ihrer Herrschaft gelegt wird, weil hier die Basis des Reformismus, des organisierten Sozialstaates zerfällt, weil an der Wurzel des kapitalistischen Systems zerfällt,革命的 Machtbasis des Bourgeoisie geschaffen werden, die entscheidend sind bei den kommenden Zusammenlebungen zwischen Kapital und Arbeit. Das ist der Sinn des Kampfes der Kommunisten, das ist die Ursache des Erfolges des

und Geisters der offenen und verkappten Reformisten und der Bourgeoisie.

Die Kommunistische Partei Deutschlands kann trotz darauf ein, trotz der Schwierigkeiten, die eine Umstellung der Kampfstrategie mit sich bringen muß, trotz der Differenz einiger Führergruppen, im entscheidenden Augenblick den Hebel herumgerissen und die Reihen des Proletariats zu einem entscheidenden Kampf gegen den Reformismus formiert zu haben. Noch ist es ein Anfang, noch ist nicht das Ziel erreicht, aber unvergänglich, unwiderrufbar sind die Zeichen der Betriebsrätewahl!

Der Reformismus wird zerstört, der revolutionäre Klassenkampf, die Front des Kommunismus marschiert!

Karifündigungen im Ruhrbergbau

Ehen, 3. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Zeichenverband kündigt in einem Schreiben vom 1. April den Ruhrbergarbeiterverbänden die im Ruhrbergbau bestehenden Lohnvereinbarungen für den 20. Juni dieses Jahres, zugleich aber auch den durch Schiedspruch vom 18. März 1927 abgeschlossenen Rahmenarbeitsvertrag für das rheinisch-westfälische Steinkohlengebiet.

Vor der Entscheidung in Megilo

Megilo. In sehr schweren Kämpfen der revolutionären Regierungstruppen mit den Aufständischen ist es in der Stadt Samenez gekommen. Die Regierungstruppen richteten gegen die Stellungen der Aufständischen schwere Artillerie, verhinderten den Rücken den Rückzug und haben im Handgemenge die Stadt eingenommen. Auf beiden Seiten soll die Zahl der Toten und Verletzten außerordentlich groß sein.

Ungeheureliches KPD-Korruptionsgeschäft

Kommerzielle Geheimverbindung mit Ullstein — Übernahme der Berliner Morgenpost ohne politische Kürzung — Popularisierung der SPD-Führer durch die bürgerliche Presse

Berlin, (Eig. Bericht.)

Wie die Montags-Zeitung (M3) von zuverlässiger Seite erzählt, ist zwischen dem Vorsteherverband der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und dem Ullstein-Konzern eine seite Vereinbarung dahingehend getroffen worden, daß der Ullstein-Konzern der SPD die Berliner Morgenpost als inoffizielle Parteiorgan der SPD die Berliner Morgenpost als inoffizielle Parteiorgan der SPD zur Verfügung stellt. Im einzelnen gehen die Abmachungen dahin, daß der politische Auss der Morgenpost, die bestimmtlich das meistegelese Blatt im Kleinbürgerlichen und Kleinbürgerlich verkaufen Proletarierkreisen darstellt, völlig unverändert bleibt. Die SPD hat sich damit ausdrücklich einverstanden erklärt. Andererseits läßt die SPD allzuwenig für die Sonntagsnummer einen größeren Platzartikel aus der Feder eines prominenten sozialdemokratischen Führers oder Ministers. Die Morgenpost ist zur Aufnahme dieser Artikel in größter Ausmaßung (bei gleichzeitiger Veröffentlichung des Bildes des betr. SPD-Führers zum Zweck der größten Popularisierung) verpflichtet. Die sozialdemokratische Partei unternimmt andererseits keinerlei Agitation gegen die Zeitungen des Verlags Ullstein, insbesondere keinerlei Propaganda in Arbeiterkreisen gegen die

Morgenpost. Dieses Abkommen wurde bereits vor mehr als 4 Wochen blind geschlossen und in Kraft gesetzt.

Am 3. März veröffentlichte die Morgenpost einen Artikel des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun, am nächsten Sonntag einen Artikel des Reichsanzellers Hermann Müller, daraus einen Artikel von Löbe, der seine Nachwahlserfolg im Reichstag verleiht, am Tage des Triumphs zum KPD. KPD-Verbot erhielt ein Artikel von Grätzlaff, und zuletzt ein Artikel von Seeringer über „Die Diktatur der Bernau“. Das Geheimabkommen wurde auch bestätigt durch ein riesiges Votum in der Morgenpost für die revolutionäre Liste zu den Betriebsrätewahlen bei den Berliner Verkehrsbetrieben. Es handelt sich hier nicht um eine Einzelerscheinung, sondern um das wohlberechnete System der Korrumplung des Reformismus und seines Verwaltungsmits dem Kapital und dem kapitalistischen Staatsapparat.

Damit hat die Sozialdemokratie erneut dieses den Form zu überbietenden Beweis für ihre politische Korrumplung geleistet. Die Landtagswahlen in Sachsen müssen auch auf diesen ungeheuerlichen Vorgang eine Antwort erstellen, und die muß lauten: Massenzustrom zur Kommunistischen Partei!

Kommunistische Partei Liste 5!

Dresden, den 3. April.

Die Nachrichtenkette der Staatskanzlei gibt nunmehr die Reihenfolge der Wahlvorschläge auf dem amtlichen Stimmzettel bekannt. Dabei zeigt sich, daß die Bourgeoisie und ihre Regierung der Bölkow-Böttcher-Faktion K. V. eine Abstimmung gegen die Kommunistische Partei leitet, indem sie — entgegen dem Sinn des amtlichen Stimmzettels — nicht die Stimmenzahl der letzten Wahl, sondern die bei der Beerdigung des kontrollierten Bandengangs vorhandene Einteilung der gebildeten Fraktionen als Richtigkeit nimmt. Die Reihenfolge des amtlichen Stimmzettels ist folgende:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
2. Deutsche Volkspartei,
3. Deutsche Volkspartei,
4. Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Bölkow-Böttcher-Faktion),
5. Kommunistische Partei Deutschlands,
6. Deutsche Demokratische Partei,
7. Reichspartei Deutschlands (Opposition),
8. Reichspartei für Volksrecht und Aufrichtung (Volksrechtspartei),
9. Deutsche Sozialdemokratische Partei Deutschlands,
10. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung),
11. Christlich-nationale Bauern- und Landwirtpartei.

Offiziell also die Kommunistische Partei der Stimmenzahl nach als die zweitstärkste aus dem letzten Wahlkampf heraufragend und die Bölkow-Böttcher-Faktion sollte eine neue Partei darstellen, für die bisher noch kein Wahlzettelvorschlag durch die Bevölkerung vorgelegt hat, die also als neue Gruppe an den Sitz des Wahlzettels hätte kommen müssen, hat man die Entscheidung so getroffen, um Bevölkerung unter den Anhängern der Kommunistischen Partei hervorzurufen und ein ähnliches Manöver vollzählig, wie seinerzeit bei den Böhmen und Komotau.

Die Kommunistische Partei erhebt gegen diese amtlich legitimisierte öffentliche Verkürzung klare Protest!

Bei der Zusammenlegung der entstehenden Anteile ist jedoch kaum anzunehmen, daß man auf dieses Verwirrungsmanöver gegenüber der revolutionären Arbeiterschaft verzichten wird. Der nachstende Einfluß der Kommunistischen Partei

bei der neuen Niederlage bei der Betriebsrätewahl in den großen Erfolgen der revolutionären Opposition fand, zeigt die Bourgeoisie, in ihrem Klasseninteresse jedes Mittel, auch das der Benutzung der Kriegsgruppe Brandt-Böttcher-Niederlage, ebenso wie das des nobelsten Gescheites der SPD, einzunehmen.

Die ländlichen Sozialdemokratien haben, nachdem sie 8 Tage lang in ihren verschiedenen Zeitungen völlig verschiedene Wahlparolen und die widersprechenden Aufrufe ihrer Parteidorganisationen publiziert hatten, sich nunmehr auf einen „einheitlichen Aufruf“ geeinigt.

Unterstellt ist dieser Aufruf auch von Görl und Liebenmann, den beiden Anführer in der ländlichen Sozialdemokratie. Das „Großmaul“ Liebenmann steht friedlich neben dem „Schieber“ und „Schieber“ Görl, und ihr Papierkrieg ist im Augenblick vergessen, wo es gilt, gemeinsam um Mandate zu „kämpfen“. Das charakterisiert den politischen Inhalt dieses gemeinsamen Aufrufs, der gründlich unter dem Motto liegt:

„Tätig die Schmid!“

Bezeichnenderweise bringt die Leipziger Volkszeitung diesen ihren Aufruf bereits mit Traurrand, und der ist nicht ganz unangemessen, denn dieses Konglomerat von Verlogenheit und Grausamkeit trägt zu viel auf, um bei den benachbarten Arbeitern sein Kopftuch herunter zu machen. Die Komplikationen, die dort aufgetreten werden, sind somit so hoch auf Sachen bezogen, daß vollkommen verworfen und absolut unzulässig. Zum Beispiel kann man sich unter „Einigung auf den Reich“ alles mögliche vorstellen, nur keine Komplikation der Arbeiterschaft. Dafür aber gibt es auch die freche, beschleunige Körterung nach Bevölkerung der „Sozialdemokratie der Linken“ Bölkow-Böttcher im Reichstag es war, der bei der Bevorstellung der Anträge zur Innenministerierung die sozialdemokratischen Anträge in dem Augenblick zurückwarf, als diese rein demagogisch gestellten Anträge angenommen wurden und damit die Koalition ins Wasser geraten könnten. Gegenüber diese Demagogie, die im lächerlichen Wahlaufruf ihren Niederschlag findet, ist charakteristisch für die Linke, auf der die

ländliche Sozialdemokratie ihren Wohlstand zu führen gehöre. Aber das ist bei weitem nicht alles, was dieser Aufruf an bewährter Erfahrung der werktägigen Wählerkraft enthält.

Da wird zunächst ein Dokument auf das „sozialistisch regierte Sachsen bis zum Jahre 1923“ gelungen. Glaubt man dieser Schlußfolgerung, dann müßte Sachsen bis zu diesem Zeitpunkt ein wahres sozialistisches Paradies gewesen sein.

Aus schade, daß die ländlichen Arbeiter von diesen paradiesischen Zuständen verlustig wenig gelernt haben.

Dann kommt der Oktober 1923 und die Reichswirtschaftskrise, die „mit einer Brutalität, die selten in der Geschichte übertrafen werden ist, verhängnisvoll gegen Sachsen durchgeführt wurde.“

So sieht es wörtlich im Wahlaufruf des SPD. Gut und richtig! Nur eins verschweigt der Aufruf, daß diese brutale, verhängnisvolle Reichswirtschaft, die in Freiberg 30 Arbeitseinsätze das Leben kostete, von keinem anderen gegen Sachsen in Bewegung gebracht wurde, als von dem sozialdemokratischen Reichspräsidenten Ebert.

Darüber schwieg der Sänger Höffelstet. Diese Schwäche zu tilgen, ist in den Wahlparolen der SPD wohlweislich „vergessen“ worden! Statt dessen dünkt man sich moralisch erhaben über die korrupte NSD-Auswahl, ohne nur mit einem Wort zu sagen, daß es eben diese Politik der Heldt und Kontoristen ist, die die Parteienketten der ländlichen „Linke“ im Reich heute durchschüttet. Mit vollem Recht betont die SPD in ihrem Wahlaufruf:

„Was die ländliche Regierung und insbesondere unsere Verteidigung nach dem Jahre 1923 geleistet haben, ist gegenüber allen deutschen Ländern, auch jenen, in denen die Sozialdemokratie regiert! (?!), vorbildlich.“

Und im Reich, möchten wir hinzufügen? Dann was ist Seelings Bereitwilligkeit, mit dem Artikel 45 zu regieren, anders, als der Sozialstaatismus eines Heldt?

Aber nicht nur, daß man die unangenehmen Tatsachen übergeht, man überlegt sich auch schon reiflich, wie man nach der Wahl die erfahrene Regierung zusammenziehen soll. So kommen denn die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der SPD, die nichts weiter zu verlieren hat, alle mit ein paar Zeilen weg um sie nicht zu sehr zu verärgern; denn man kann ja nicht wissen, mit wem man morgen in der Regierung sitzt. Der Appell an die Ministerkette ist jedenfalls durch die lange Entfernung gewaschen. Laut und vernünftig mich verständigen!

Die Sozialdemokratische Partei hat jederzeit ihren ernsten Willen bekannt, im Interesse des breiten Volkes die Macht im Staat zu übernehmen.“

Wie diese Macht, die man dann friedlich mit den Unternehmerparteien teilt, aussieht, das erlebt die deutsche Arbeiterschaft seit nunmehr einem Jahre im Reich. Und wenn der SPD-Aufruf mit der Aussicht endet: „Erklärt das rote Sachsen!“, dann wissen die klugen bewußten Arbeiter Sachens so gut wie die im Reich, daß die Erfüllung der Macht neuer aus den „ländlichen Naturzirkuspart“ bekräftigt nach „diesem Staat“ durchgeführt werden kann.

Die Kommunistische Partei

wird diese Fragen gründlich und klar im Wahlkampf stellen. Sie wird die Illusionen, die jetzt wieder von der SPD erweckt werden sollen, zerstören, daß von ihnen nichts übrig bleibt. Sie wird das um so leichter können, als der SPD politische Argumente gegen die KPD längst ausgegangen sind. Ihr bleibt nichts als die demagogische Ausnutzung des innerparteilichen Klärungsprozesses, dessen Ergebnis, die Trennung von den technischen Liquidatoren, gerade der Sozialdemokratie am gefährlichsten wird. Die ländlichen „Linien“ sehen diese für sie schwierige Situation natürlich auch. Ihnen graut am meisten vor der Wahl, und die Angst willt nur noch lächerlicher, wenn sie Überreden werden soll durch den in selten Vetteln gedruckten Satz:

„Allein die SPD tritt mit Siegeszuversicht in den Wahlkampf ein!“

Diese „Siegeszuversicht“ der ländlichen Sozialdemokratie ist tatsächlich den Trauerrantzen wert, den die Leipziger Polizei ihr bereits jetzt gespendet hat; denn darüber sollten sich die Sozial-

Die sächsischen „linken“ Phrasen unter dem Druck des Koalitionssturms Seeling-Hilferding-Hermann Müller

Von Ernst Scheffler

Die Politik der sozialdemokratischen Koalitionminister H. Müller, Willi, Hilferding, Seeling ist die Politik der Erhaltung und Stützung der kapitalistischen Republik und ist gegen die Interesseninteressen des Proletariats gerichtet. Der Abbau der sozialpolitischen Ausgaben, die Ablehnung von Winterhilfshilfen und Rentenabnahmen, die Abförderung der Tuberkulessorge zw. einerseits und der Ausbau des kapitalistischen Staatsapparates, der Justiz, Polizei, Reichswehr, Panzerkreuzer anderseits, gleicht unter dem Motto der Verstärkung des Staatsapparates, der Trustbourgeoisie. Es ist deshalb eine selbstverständliche Konsequenz, daß die ländliche SPD mit ihren demagogischen Scheinmanövern in heiligendem Maße in Schwierigkeiten gerät. Dies kam besonders in jüngster Zeit in dem jetzt ausseitnergezogenen ländlichen Wahltag deutlich zum Ausdruck. Kountourie ließ vor wenigen Monaten in allen Fragen einen Kampf gegen die ländliche Heldt-Regierung vorlaufen, so wurde dies um so schwieriger, je realitären die Politik ihrer Koalitionminister in der Reichsregierung wurde.

In eine schwierige Situation fanden diese „linken“ Liebmänner bereits vor Weihnachten, als kommunistische und sozialdemokratische Anträge zur Beratung standen, die Weihnachtsbeihilfen für Unterstützungsempfänger forderten. Der ländliche Bürgerblod hatte hier die Ablehnung durch die Haltung der sozialdemokratischen Koalitionsregierung im Reich sehr leicht, für beide lag auf Hilferding und Beiliger demgemäß Mittel für Winterhilfshilfen zur Verfügung zu stellen, wenn die Reichsregierung ihrerseits etwas aus diesem Gebiete unternehmen würde. Das, was voranzuzeichen war, trat ein. Hilferding musste, was die frühere Bürgerblodregierung nicht wußte, ablehnen, für die Rentenempfänger auch nur einige Bettelpfennige herauszugeben. Ein entsprechender Antrag der kommunistischen Reichsfinanzministerin ließ alle Parteien im Reichstag — einschließlich der ländlichen „Linien“ — gegen die Kommunisten ab.

Die eingerückenden 9 Milliarden Rentenmarken braucht Hilferding zur Aufführung des deutschen Imperialismus. Mit Schwarzfünfmarkchen verucht die ländliche linke SPD, sich aus diesem Ladengeschäft von Widerprüchen herauszuwinden.

demokraten hat sein, daß bei der Errichtung einer sozialdemokratisch-kommunistischen Mehrheit im Sächsischen Landtag die kommunistische Partei den linken Demokraten sein Mandat geschenkt wird, daß ihnen ermöglicht, die Rentenmutter für den offenen oder verdeckten Koalitionssturz anderen aufzubinden. Wenn die Dresdner Volkszeitung von gestern von der angeblichen kommunistischen Konfrontation schreibt, so ist dies nur der Wunsch der Räder des Gedankens. An der Politik der kommunistischen Partei in Sachsen herbst keine Konfusion, wohl aber, und das geht aus dem Artikel der Volkszeitung selbst hervor, in der von der kommunistischen Partei abgesplitteten Gruppe der Renegaten und in der sozialdemokratischen Partei selber. Die Kommunisten, die Vertreter der Linie 3, werden nicht „Schimpferlein“ nötig haben, um den ländlichen Arbeitern, auch den Sozialdemokraten, die verrädernde und heuchlerische Haltung der „linken“ sozialdemokratischen Führer vor auslegen zu können. Die kommunistische Partei Deutschlands mobilisiert geschlossen in den Wahlkampf

für revolutionäre Klassenfront, gegen Kapitalsherrschaft und Sozialverrat, gegen Trustdiktatur und sozialfaschistische Koalitions-

politik!

für die Klassenforderungen der Arbeiterschaft kämpft.

Liste 5: Kommunistische Partei Deutschlands!

Eisenbahner, gebt Dorpmüller die Antwort!

Berlin, 3. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Borwörts meldet: „Die drei vertragsschließenden Eisenbahnerorganisationen haben sich am Dienstag eingehend mit der feindslichen Lage beschäftigt, die durch die ablehnende Haltung der deutschen Reichsbahngeellschaft in der Lohnfrage entstanden ist. Einmütig wurde festgestellt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse unbedingt eine Aufhebung des Eisenbahnerentgangs verlangen. Da die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngeellschaft jede Vorausbesetzung ablehnt, muß damit gerechnet werden, daß den Eisenbahnern der Kampf mit allen Mitteln nicht erwartet werden wird. Alle notwendigen Maßnahmen müssen jetzt eingeleitet werden. Der erste Schritt besteht darin, daß die Eisenbahner mit den Spartenorganisationen in Verhandlung treten. Weitere Schritte wird in einem der nächsten Tage beraten werden.“

Nach dem Beschluß des Hauptvorstandes zur Lohnbewegung werden die Mitglieder aufgefordert, Disziplin zu üben. Sie sollen keine Anwaltungen von sogenannten Kampfleitungen oder anderen rohrlalen Stellen befürworten. Diese warnende Stimme Scheffels ist der beste Beweis für die Richtigkeit der von der Opposition herausgegebenen Parolen. Auf Grund des vollständigen Versagens der Bureaucratie, was die Opposition schon bei

Beginn der Bewegung vorausgesagt hat, ist es nun ein recht Pflicht aller Eisenbahner, überall eigene Kampforgane zu bilden, denn nur so ist der aktive Widerstand gegen Dorpmüller zu organisieren.

Eisenbahner! Läßt euch nicht bestimmen durch die Drohungen des Hauptvorstandes, er verfolgt damit nur den Zweck, seinen Krieg noch zu vervollständigen. Nehmt den Kampf auf gegen die reformistische Gewerkschaftsverwaltung, kämpft in geschlossener Front für die Verwirklichung eurer Forderungen, nämlich:

für eine generelle Lohn erhöhung von 15 Pfennig pro Stunde!

für die Verringerung der Lohngruppen von 8 auf 3!

für die Beseitigung der Dienstdauervorschriften!

Gegen die lange Laufdauer der Tarife!

Geht nicht zu, daß der Scheiter einen Schandspiegel füllt, der euer Elend noch verschärft. Gebt den Bureaucraten des Eisenbahnerverbandes, der GoE und des AGV auch bei den kommenden Betriebsrätewahlen die verdiente Antwort auf den permanenten Betrat, indem ihr eure Betriebsräte wählt.

Jede Stimme gehört der Liste „Revolutionäre Opposition“ (Einheitsliste der Eisenbahner).

Die erste Aufnahme vom Reichsjugendtag in Düsseldorf



Bei der bereits begonnenen Einberufung, besiegelt der Wohlfahrtskappitel, mißten diese schlimmsten Betrüger an der Arbeiterschaft in wichtigen Fragen — gezogen durch ihre Politik im Reich — sich offen als Feinde der Arbeiterschaft entlarven.

Einen kommunistischen Antrag, die Altersgrenze der Invalidenversicherung von 65 auf 50 Jahre herabzusetzen, lehnten sie unter Berufung auf Hilferding im Sächsischen Landtag ab.

In der gegenwärtigen kapitalistischen Rationalisierung, der erhöhten Ausdeutung, der zu folge die Arbeiterschaft verbraucht und meisteitens im Alter von 50 Jahren aus dem Produktionsprozess herausgelebt werden mit der Bedeutung, der Betrieb ist seine Altersversorgung, in die Förderung für die Arbeiterschaft eine zwingende Notwendigkeit. Gerlach (SPD) begründete die Ablehnung seiner Fraktion damit, daß dies eine Mehrausgabe im Reichsministerium von 1,278 Milliarden belasten würde und daraus, so sagte er, können Sie sofort die Schwierigkeit sehen, die dieser Antrag bereitet . . .“ Weiter erklärt Gerlach:

„Und wenn nun der Antrag der Kommunisten durchgeführt würde, würden die 50jährigen Arbeiter, die sicher noch zum größten Teil in der Rößfest ihrer Jahre stehen, in den Bezug des Invalidenrente kommen.“

Allo, die SPD lehnt gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien den kommunistischen Antrag ab, weil dadurch sich erneut große Ausgaben und für Hilferding ungeheure Schwierigkeiten ergeben und zweitens, weil mit 50 Jahren die Arbeiter noch im Wohlfahrt ihrer Arbeitslosigkeit sind. Für die Proleten ergibt sich folgendes: Weil Hilferding, der Reichsfinanzminister, den Staatsapparat, die Reichswehr usw. im Auftrage der Trustbossen geöffnet ausbauen muß, darf man ihn nicht in Schwierigkeiten bringen durch erhöhte Sozialausgaben. Bedeutet dies nicht eine Verhöhnung der Arbeiter, die durch ungeheure Ausbeutung im frühen Alter bereits ermüdet sind und aus den Betrieben hinausgeworfen werden.

Noch klarer war ich Koalitionssturz, wogu unsere Fraktion mehrere Anträge stellte. Gefordert wurde, den Bezirksführerversammlungen die eingesetzten Mittel von 1.278 500 RM auf 3.000 000 RM zu erhöhen und die Rößfahrt, die in jedem Bezirk anders liegen, einheitlich nach oben festzulegen mit einer Erhöhung von 100 Prozent. Die Notwendigkeit dieses Antrages steht jeder Arbeiter ein. Denn fast sind in Sachsen die Lebensbedingungen gleichzeitig ja weitestens es so, daß im Vergleich mit anderen Unternehmungen, die Lebenshaltung noch teurer ist. Eine Erhöhung der Unterstützungsabfälle ist infolge der steigenden Teuerung schon längst die Forderung der Rentenempfänger. Auch diesen Antrag kündigte die SPD — gemeinsam mit den Bürgern — wieder. Die Ablehnung des kommunistischen Antrages, den Arbeiterparteien für Errichtung und Erhaltung von Sportplätzen und Sporthallen 300 000 RM zur Verfügung zu stellen, durch die Sozialdemokraten, ist bereits in der kommunistischen Presse gekennzeichnet worden.

Weiter beantragte die kommunistische Landtagsfraktion, eine Verbesserung des Wohlfahrtspflegegegesetz vorzunehmen, und zwar durch Streichung des § 21 des Wohlfahrtspflegegesetzes und § 22 der Fürsorgepflichtenverordnung.

Der § 21 besagt, daß — wenn einmal ein armer Teufel in seiner Notlage eine Wohlfahrtsunterstützung erbetteln möchte und er wieder Verdienstmöglichkeit hat — er diezialen juristischen muss. Wer weiß, wie groß die Notlage sein muß, ehe ein Bruder Unterstützung bekommt und wer weiß, wie jämmerlich die Zöhne sind, die kaum ausstehen zum Leben, der sieht doch dem Betroffenen die Rückzahlung gewährter Unterstützung unmöglich ist. Deshalb Beleidigung dieses Paragraphen. Der § 22 der Fürsorgepflichtenverordnung besagt, daß die Angehörigen der Unterstützungsbedürftigen für deren Unterhaltung zu sorgen haben. Praktisch bedeutet dies, daß die öffentliche Wohlfahrt ihre Pflichten den Angehörigen aufzubürden. Allo beispielweise müssen erwachsene Kinder, die selbst schwer ringen müssen im Kampf ums Dasein, ihre gebrechlichen Eltern von ihrem langen Dienst unterstüzen. Hierdurch werden die heranwachsenden jungen Arbeiter aufs schwere in ihrem Fortkommen gezwungen. Die Streichung dieser beiden Paragraphen, die in weiten Kreisen natürlich gefordert wird, wurde von der SPD gemeinsam mit dem Bürgertum abgelehnt. Die Beispiele zeigen in der deutlichen Weise den funktionalen Kurs des Sächsischen SPD auf. Der Stellvertreter des SPD-Hauptvorstandes auf die ländlichen „linken“ Schulmeister ist schon so groß, daß sie jede Erhöhung der Ausgaben für soziale Zwecke durch die Heldt-Regierung ablehnen, und zeigt vor allem, was die Arbeiter von der SPD im nächsten Landtag zu erwarten haben.

Die Arbeiter, die unterdrückten Schichten und die Rentner müssen in diesem Wahlkampf den demagogischen Phrasen der SPD die richtige Antwort geben: Röhrt mit der Kommunistischen Partei, der einzigen Arbeiterpartei, den Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre Helferhelfer, die SPD.

Am 12. Mai wählt die Liste der Kommunistischen Partei!

Die SPD kapituliert vor der Volkspartei

Berlin, 3. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Berliner „Förderzeitung“ weist über die Unterwerfung der sozialdemokratischen Minister unter die diktatorischen Forderungen der Volkspartei folgendes mitzuteilen:

„Im Reichstag fanden gestern Verhandlungen zwischen den Finanzfachverbänden der Regierungsparteien einschließlich der Deutschen Volkspartei und des Zentrums über die Frage, wie sich neue Einsparungsmöglichkeiten zur Deckung des Etatbedarfs schaffen lassen könnten. Wie in parlamentarischen Kreisen verlief, fanden die Verhandlungen einen günstigen Verlauf, und zu weSENTLICHEN Veränderungen der anderen Parteien zu den Forderungen der Deutschen Volkspartei geführt haben, wonach rund 200 Millionen Mark des Defizits durch neue Abreiche im Etat abgedeckt werden sollen. Die Verhandlungen sollen am Donnerstag unter dem Vorh. des Reichsministers Hilferding fortgelebt werden. In besonders optimistischen Kreisen der Regierungsparteien rechnet man damit, daß man am Donnerstag zu einer vollen Einigung gelangen und daß sich Herr Hilferding bereiterklären wird, einen Vorschlag in sein Regierungsprogramm unverändert aufzunehmen. Beschränkt sich diese optimistischen Annahmen, so würde das bedeuten, daß Herr Hilferding auf wesentliche Teile seines ursprünglichen Programms, das er noch vor einigen Wochen vor dem Plenum des Reichstags verteidigte, Vericht leistet.“

Die Kapitulation der sozialdemokratischen Minister, die im Einvernehmen mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand erfolgt ist, kommt nicht überraschend. Das ganze Verhalten der sozialdemokratischen Reichsregierung bei den Staatsberatungen im Reichstag, das Hallenlosen ihrer eigenen Anträge in der Frage der sozialpolitischen Gesetzgebung deutete darauf hin, daß unter allen Umständen die Ministerien folgerichtet werden sollen. Die neuen Abreiche, die jetzt im Etat von Hilferding vorgenommen werden, bringen eine weitere Schwächung der sowieso unzureichenden sozialpolitischen Ausgaben mit sich. Eine neue Massenbelastung der Arbeiter durch direkte und indirekte Steuern wird erfolgen. Die Arbeiterschaft muß sich gegen diese neuen Verschlechterungen ihrer Lebenslage energisch zur Wehr setzen. Durch sozialfaschistische Methoden des sozialdemokratischen Innensenators Seeling und seiner Polizeipräsidenten soll sie niedergeschlagen werden und das Verbot der Komm. Partei und der anderen revolutionären Arbeiterorganisationen erlassen. Die Kommunistische Partei wird die Arbeiterschaft gegen diese neuen Steuern raus mobilisieren und dafür sorgen, daß der sozialimperialistische und sozialfaschistische Kurs durch gesteigerte Kämpfe der Arbeiterschaft historisch gemacht wird.

Ein Hörer hat in unterem gestrigen Telefonat über den Reichsjugendtag in Düsseldorf Bericht gegeben. Er berichtet darin, daß über 450 000 Menschen füllten den riesigen Karlsplatz. „Richtig muß es jedoch heißen: „Mehr 50 000 Menschen füllten den Karlsplatz.“ Das lange ja schließlich auch

Rechte und „linke“ Sozialdemokraten im „Kampf“ um die Verbesserung der Invalidenversicherung / Von Ernst

Dann darüber soll es jeder hier sein. Das Vertragen der Sozialdemokratie im Kampf um die Verbesserung der Invalidenversicherung wird der Partei viel mehr schaden als alle anderen Parteien.

Neu-Schreiber im Altkampf Jahre 1929, Nummer 4.

Die Not der Millionenmassen der Invalidenrentner schreit zum Himmel. Es bedurfte nicht erst eines jährlichen strengen Winters, um die Kaiserkarneval bis in die durch Schallstörer geplünderten Bureaus der Gewerkschaftsinstanzen, ja selbst bis in die heiligen Hallen des Parlaments des Reiches und der Länder dringen zu lassen. Der Hamburger Gewerkschaftskongress und die sozialdemokratischen Fraktionen stellten „Forderungen“ auf (nachdem solche bereits viel früher und konkret von den Kommunisten formuliert worden waren). Die Massen der Invaliden wünschten nur auf die baldige Hilfe, die man ihnen versprochen hatte. Es kam der Herbst, ihm folgte ein grausamer Winter, die Massen warteten weiter, ohne daß ihnen auch nur eine geringe Verbesserung ihrer elenden Lage zuteil wurde. Wieder rückten die Kommunen vor. Vor Weihnachten forderten sie eine besondere einmalige Beihilfe, um sofort bitterster Not zu steuern. Das war um so zweifelhafter, als gar keine Aussicht bestand, dauernde Verbesserungen in absehbarer Zeit im Reichstag durchzubringen. Das wußten auch die Sozialdemokraten, die „linken“ sowohl als die rechten. Datum stellte die Ablehnung der kommunistischen Forderungen durch die sozialdemokratische Fraktion — nach Ausführungen ihres Führers Kautsch vom Zentralverband der Invaliden — bewußten Wort an den vitalsten Interessen der Arbeiterschaft dar.

Infolge des immer härter werdenden Massenbrüdes hat nun nur einiger Zeit das Reichsbaudammlministerium eine Denkschrift veröffentlicht, in der nachgewiesen werden soll, daß es infolge der Reparationsverpflichtungen unmöglich sei, selbst den bestehenden Bünchsen der Reformisten entgegenzukommen. Das sagt der sozialdemokratische Minister Wilhelms Massen vorsichtshalber allgemein befand. St. daß das Vermögen der Invalidenversicherung von 322 557 167 Mark im Jahre 1924 auf 870 000 000 Mark im Jahre 1928 gestiegen ist.

Der jährliche Überschuß ist von Jahr zu Jahr wie folgt gewachsen:

1924	78,5 Millionen Überschuß
1925	101,4
1926	157,7
1927	200,3
1928	360,0

Angesichts dieser und der weiteren Tatsache, daß der Sozialstaat im Vergleich zu 1928 für das laufende Jahr ein Minus von 954 000 Mark aufweist, mußte die Sozialdemokratie einen Agitationssatz im Reichstag stellen, um dem Sturm der sozialdemokratischen Arbeiterschaft einen Damm entgegenzuwerfen. Aber auch es ging den armen Herren von der SPD wieder einmal alles daneben, denn nun stand Herr Minister Wilhelms im Reichstagsausschluß für Sozialpolitik auf und verteidigte als Sozialdemokrat zur Freude des Unternehmertums die Ansicht der Reparation, daß auch nur eine teilweise Durchführung der SPD-Aufträge unmöglich sei.

Wie haben nun die Anträge dieser Arbeiterschaftspartei aus? Warum es Forderungen, die wirtschaftlich den Interessen der 24 Millionen Versicherten entsprachen? Keineswegs. Denn die Anträge der SPD waren

auschließlich im Interesse der Arbeiterschaftsstreite gestellt.

Nicht eine generelle Erhöhung der Leistungen der Invalidenversicherung verlangte die Sozialdemokratie, sondern den Aufbau neuer Wohnstätten für Arbeiter mit höheren Einkommen. Das bedeutet aber eine wesentliche Erhöhung der Beiträge! So wollten die Sozialdemokraten für einen kleinen Kreis von Arbeitern auf Kosten der Gesamtheit des Proletariats Verbesserungen erreichen unter weitausgehender Schonung des Reichs-

finanzas! Selbst diese Anträge waren aber den Unternehmen und Herren Wilhelms zu weitgehend und mußten sich Fall gebracht werden, um so mehr, als in Verbindung damit eine Verbesserung des Begriffs der Invalidität im Sinne des gelöbten Zweidrittelzuges, die Verordnung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre und einiges anderes mehr verlangt wurde.

Die sozialdemokratischen „Forderungen“ wurden abgelehnt, den Invalidenrentnern aber ist entgegen den Erklärungen Kautschs nicht geholfen worden. Ja, die SPD hat die Wehrmachtsbeihilfenforderungen der Kommunisten niedergestimmt! Die Invaliden erwarten, es geht ihnen ein Licht auf über die Vertretung ihrer Belange durch die Reformisten.

Millionen von Wählern sind in Gefahr, abzumunden!

Da heißt es wieder einmal für die „linken“ Sozialdemokratie: Vor die Front! Großspurig erklärt Segewitz im „Klassenkampf“, daß die Sozialdemokratie vor der Koalitionsfeindlichkeit ihrer Ministergenossen nicht kapitulieren werde. Das ist bewußte Demagogie! Für alle Invaliden ist es an der Zeit, diesen Maulwülfen auf die Finger zu klopfen. Das Wort Segewitzes in der Sitzung des Reichshaushaltsausschusses vom 2. März muß allen Arbeitern prägt werden:

„Herr Sendenius ist nicht die Sozialdemokratische Partei. Was er kündigt, ist nicht das, was die Partei zu vertreten hat.“

Merkt auch das! Die „linken“ Phrasen der Herren Sendenius und Genossen sind nur für die Agitation unter den Massen bestimmt, die Politik des Partei des Arbeitervolkes wird weiterhin von Rösle, Segewitz u. Co. bestimmt. Wir können dem Januarminister Segewitz ausnahmsweise einmal nötige Überzeugung zustimmen.

Die Sozialdemokraten treten nur für die Interessen der Arbeiterschaftsstreite ein. Durch die Forderung: Leistungserhöhung durch neue Wohnstätten bzw. Beitragserhöhung befürworten sie die Schäfte des Unternehmertums, genau so wie durch die Schaffung einer gewerkschaftlichen Invalidenversiche-

lung. Die Kommunisten allein kämpfen mit Ernst und Entschlossenheit für die Opfer der Arbeit. Sie verlangen Leistungsausbau auf Kosten des Reiches durch Verschlechterungen im Etat zugunsten der Sozialausgaben. Sie allein lehnen die Abstimmungen für Heer, Flotte, Kirche, Justiz usw. ab, um Mittel freizubekommen zur Behebung dringender Rostände.

Alein die KPD verlangt die Heraufsetzung der Altersgrenze auf 50 Jahre, um den Opfern kapitalistischer Rationalisierung wenigstens einen geringen Schutz zu schaffen. Sie kämpft für einzige Partei ehrlich für die Aenderung des Begriffes der Invalidität.

Die SPD wird auch in Zukunft nicht für die Invaliden eintreten. Sie kann es nicht. Durch vielfache Bande ist sie auf Gedeck und Verdeck verbunden mit dieser kapitalistischen Republik, in sie zur Vollstreckerin des Willens des Unternehmertums geworden.

Diese Jahre müssen die Millionenmassen der Invaliden aus den Parteiverbündungen der letzten Monate ziehen. Mit der Kommunistischen Partei und dem „Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit“ müssen sie unter roten Fahnen streiten und liegen!

Diese Republik wird nie und nimmer den Invaliden durch ihre „Sozialpolizeiabteilung“ Leistungen gewähren, die im Einklang stehen mit den realen Lebensverhältnissen!

Nur der Rätestaat kann die Forderungen auch der Invaliden erfüllen und deshalb mußt der Kampf für die Belange der Invaliden ein in den Kampf des gesamten Proletariats um die Befreiung vom kapitalistischen Joch und um die Täuschung der Herrschaft der Arbeitersklasse.

Unterricht in der Volksschule. 3. Die Erweiterung der Schulpflicht.

Das erste Referat, von dem Kieser Lehrer Haubold erfreutend trocken und farblos gehalten, gipfelte in einer Resolution, die für die unteren Instanzen (Begleitschulräte) eine Entscheidungsrecht für die Bezirkslehreräume das Beschlußrechte verlangt. „Der Bezirkslehrerrat ist als Spitzel der SED bestimmt.“ — Das Proletariat weiß auch mit dem Landeslehrerrat in unserem kapitalistischen Staat die tatsächliche Selbstverwaltung (im Sinne des russischen Schulsojus) nicht erreicht werden kann, da es in diesem Staat eben keine Demokratie, sondern nur demokratische Seiten gibt, hinter denen sich aber das wahre Gesicht kapitalistischer Diktatur angenehm verbirgt läßt. Wie ernst es aber dem Röbel selbst mit seiner Forderung nach dem Landeslehrerrat ist, geht aus der klassischen Wendung hervor, „dah man den Landeslehrerrat bisher ja noch nicht so sehr vernichtet habe, da das Ministerium eine gute Verbindung mit dem Vorstand des SED gehalten habe.“ Vor Tische los man es anders, aber dafür war ja jetzt auch der Herr Minister anwesend, und so war „Freundlichkeit“ am Platze.

Das wichtigste Referat für das Proletariat war das von Kiedel, Dresden: Erweiterung der Schulpflicht. Wir werden Gelegenheit nehmen, diese Frage hier ausführlicher zu behandeln — die tatsächliche Lehrerheit hat die Entscheidung, sich für eine allgemeine Verlängerung der „Schon- und Bildungszeit“ der Jugend des 4. Standes (Proletariat) einzusezen, verfolgt, da sie, von Schwierigkeiten sowohl sozialer wie auch organisatorischer Natur erstickt, schnell den eigenen Nutzen verloren hat. Von den „himmlisch-aufzwingenden“ Plänen bleibt als „Wesentliches“ nur der Satz der Resolution: „Um eine Erweiterung der Schulpflicht über das 14. Lebensjahr hinaus anzubauen, ist freiwilliger Schulbesuch bis zum 18. Schuljahr in erweitertem Umfang zu ermöglichen.“

Wo bleiben Borausiegungen, Bedingungen, Sicherungen usw., um nicht die Jugendlichen erneut ein Opfer der Wirtschaft kapitalistischer Gesellschaft werden zu lassen?

Keine Illusionen!

Nach einer solchen Tagung eines Lehrerverbandes vom Unionen des Sächsischen Lehrervereins fragt sich das revolutionäre Proletariat: Können wir von der tatsächlichen Lehrerheit Verstehen, Unterstützung, Kampfesbrüderlichkeit weitgehend auf dem Gebiet des Ringens um das proletarische Kind erwarten, des Kampfes, den wir in mancherlei Gestalt immer führen gegen die kapitalistischen Mächte hinter der demokratischen Maske? Die Antwort muß leider ein „Nein“ sein! Nicht, daß die tatsächliche Lehrerheit bewußt gegen das Proletariat kämpfen möchte (es gilt allerdings auch da füllt genug, wo ein bewußter Kampf entsteht wird!) — die Lehrer werden zwangsmäßig zum Feind des 4. Standes, wenn und solange sie nicht erkennen haben, daß es keine „Demokratie“ gibt — geben kann, ehe nicht die Produktionsmittel dem Proletariat entzogen und die neuzeitliche Klasse zugunsten der Masse der Bevölkerung entzogen werden.

Nach einer solchen Tagung eines Lehrerverbandes vom Unionen des Sächsischen Lehrervereins fragt sich das revolutionäre Proletariat: Können wir von der tatsächlichen Lehrerheit Verstehen, Unterstützung, Kampfesbrüderlichkeit weitgehend auf dem Gebiet des Ringens um das proletarische Kind erwarten, des Kampfes, den wir in mancherlei Gestalt immer führen gegen die kapitalistischen Mächte hinter der demokratischen Maske? Die Antwort muß leider ein „Nein“ sein! Nicht, daß die tatsächliche Lehrerheit bewußt gegen das Proletariat kämpfen möchte (es gilt allerdings auch da füllt genug, wo ein bewußter Kampf entsteht wird!) — die Lehrer werden zwangsmäßig zum Feind des 4. Standes, wenn und solange sie nicht erkennen haben, daß es keine „Demokratie“ gibt — geben kann, ehe nicht die Produktionsmittel dem Proletariat entzogen und die neuzeitliche Klasse zugunsten der Masse der Bevölkerung entzogen werden. Es genügt nicht, mit dem Vorhandensein der herrschenden, beständigen Klasse zu rechnen, da aber in ihren Auswirkungen nicht zu erkennen und zu bekämpfen. Wie unter der Sächsischen Lehrerverein diesen Fragen gegenübersteht, wie sehr er noch durchdrungen ist von dem Glauben an einen „wahren, demokratischen Volksstaat“ (ohne Befreiung des Proletariats aus Produktionsmitteln), als welchen er die heutige Republik angesehen bereit ist — das hat neben vielen anderen Zeugnissen die Pirnaer Tagung erneut bewiesen.

Bom Tage

Zwanzig Selbstmordversuche während der Osterfeiertage in Wien

zu Wien. Während der Osterfeiertage verübt hier zwanzig Personen Selbstmordversuche. Drei davon waren tot, die übrigen 17 verschwanden schwer. Unter den Toten befindet sich ein 16jähriger Gymnasiast, dann eine Frau Touzig, deren Tochter am 26. März von ihrem Balkon erhängt worden war. Durch Berichtsunfälle fanden sechs Personen den Tod.

Schwerer Unfall in Mühlheim (Ruhr)

zu Mühlheim (Ruhr). Im Betriebe der rheinischen Eisenbahn in Mühlheim (Ruhr) ereignete sich Dienstag mittag ein schwerer Unfall, beim zweiten Menschenleben zum Opfer fielen. Man war mit dem Hochwinden eines 300 Meter langer Drahtseils beschäftigt, als die Winde plötzlich obrüttlich und der Kessel, der schon 70 Centimeter hoch gewunden war, plötzlich niederschlägt. Der Arbeiter, der den Brüggen und der Arbeiter Dampfschwester aus Mühlheim gerettet unter den Aschef und wurden auf der Stelle getötet.

Ein Auto fährt in eine Gruppe junger Fußgänger

zu Gen. Ein ungewöhnlich schwerer Automobilunfall hat sich in der Nähe von Louanne ereignet. Das Auto eines Bauernkassen-Kaufmanns fuhr am späten Montag abends in eine Gruppe junger Engländerinnen, von denen eine auf der Stelle getötet und drei weitere schwer verletzt wurden. Samtliche junge Mädchen, die sich in einem Restaurant in Louanne befinden, waren zwischen 17 und 23 Jahren alt. Das Automobil war von drei Personen besetzt und fuhr mit großer Geschwindigkeit im Jägertanz eine Seite Straße hinunter, wobei der Fahrer andeutend die Herrschaft über den Wagen verloren hatte. Die drei schwerverletzten jungen Mädchen wurden in stationärem Zustande ins Krankenhaus gebracht. Die Insassen des Autos sind verhaftet worden.

Böllerbeschichter Autobus bei Cordoba umgestürzt

zu Madrid. In der Nähe von Cordoba ist ein vollbeschichteter Autobus umgestürzt. 17 Insassen wurden dabei teilweise schwer verletzt.

22 Opfer eines schweren Tornados im Missourigebiet

zu Kansas. Wie aus St. Louis gemeldet wird, wütete in der Nacht zum Dienstag über dem südwestlichen Teil des Missourigebietes ein heftiger Orkan. 22 Menschen wurden durch einschlagende Häuser zum Teil schwer verletzt. Etwa 30 bis 40 Gebäude fielen dem Tornado zum Opfer, überlegten ein oder mehrere Tote bestätigt. Tote und Verletzte nicht zu bestimmen, wenn auch die Bergungsarbeiten einiger Personen in schwerer Natur sind, doch an ihrem Auftreten gekennzeichnet werden muß.

Zur Tagung des Görlitzer Lehrervereins in Pirna

in Pirna

Zum 25. und 26. März hielt der Sächsische Lehrerverein in Pirna seine diesjährige Bettelversammlung ab, die sehr dazu angezeigt ist, der arbeitenden Bevölkerung das offizielle Gesicht der tatsächlichen Lehrerheit zu zeigen; und es ist wichtig, daß die Werkstätler in Stadt und Land nicht nur den Lehrer ihres Kindes kennen, sondern sich auch darum kümmern, wie sich die tatsächliche Lehrerheit in ihren richtunggebenden Versammlungen zu den politisch-kulturellen Fragen einstellt. Zum anderen befaßt sich die Themen, die sich die tatsächliche Lehrerheit aus Beobachtung gestellt hat, nicht nur das Interesse der Arbeiter, sondern sie müssen für die — zunächst angeborene — Entwicklung ein sehr machtbare Augen haben, um mitselbstens dem Wohl der jüngeren Generation nicht allein in die Hände der Lehrerheit und — wirtschaftspolitischer Interessengruppen zu legen!

Sächsische Lehrerverein und Proletariat

Bei seinen ersten Erfüllungsversuchen schwungt sich der Vorstand des SED, der auch „Vierteljahr“ Trifft, Dresden, zu einigen Feststellungen auf, die die Lehrerheit mit Sorge erfüllen. „Wir täuschen uns nicht darüber, daß durch die Belebung einklassiger Stellen in Preußen und im Reich mit Besonders Berliner Gesinnung, durch Festigung des privaten Schulwesens, durch Ausbau der sozialdemokratischen Elternratsbewegung, durch kontinuierliche und weltanschaulich religiöse Bindung der Bremerhafenbildung, und nicht zuletzt durch den bedeutenden Platz, die Gefahren für die allgemeine Staatspolitik, für Arbeit und Leben und die Lehrerheit zu sehen.“

Und nochmals Trifft noch über die Erwähnten aufgesprochen hat, die ja die Arbeit, umzieht — nur mit wenigen Worten, ohne hier umfangreich die Stellung des Görlitzer Lehrer-

vereins zum Proletariat: „Ein Anschluß des SED an parteipolitisch ausgerichtete Gewerkschaften (gemäßigt ist der Allgemeine Deutsche Baumeisterbund — d. Red.) kann nicht in Frage kommen.“

Es ist der Stolz und die Stärke des SED, von anderen Volksgruppen, insbesondere von Parteien, materiell wie geistig unabhängig zu sein. „Zu keinem Kind eine Mutter“ ist der SED bestimmt. Trifft auch noch einmal, wie Politik und Schule nichts miteinander zu tun haben: „Das Wort der fluglen Maria Theresa von der Schule als Politikum ist mißverständlich, wenn man mit ihm die Politisierung der Schule und ihrer Lehrer begründen sollte.“

Nach den „feierlichen“ Eingangsworten war diese Verdegung vor dem Bürgertum nötig, um zu beweisen, daß der Proletarische Sächsische Lehrerverein ein höchst harmloses Kind und ganz neutral“ zu sein hat alle Wahrheit gibt. Deshalb betont Trifft auch noch einmal, wie Politik und Schule nichts miteinander zu tun haben: „Das Wort der fluglen Maria Theresa von der Schule als Politikum ist mißverständlich, wenn man mit ihm die Politisierung der Schule und ihrer Lehrer begründen sollte.“

„Es lebt das warme Herz der Deutschen Volkspartei für die Volkschule! — Herr Dr. Bünker freut sich sein Leibchen, die Lehrerheit lädt sich!“

Selbstverrostung — Erweiterung der Schulpflicht

Drei Thesen standen in Pirna zur Beratung: 1. Die Schulpflichtverlängerung in der Staatschule. 2. Der hauswirtschaftliche

So lebt das alte Scheusal immer noch
In Pfissendunkel und Gehegesküste?
Das grinsend über Liebesräume froh
Mit Leichenjüngern frommer Staatsanwälte?

So dient ein Weib, das noch was auf sich hält,
Teils der Moral und teils den Nationalen.
Wer wahrhaft ärtscht ist, der braucht kein Geld;
Der Himmel wird die Alimente zahlen.

Tawohl, es lebt, als fittliches Prinzip,
Besonders für die niedren Atmosphären.
Ein deutsches Weib hat nur den einen Trieb,
Sonst als mögliche Kinder zu gebären.

Denn einmal braucht man Menschenmaterial
Für Unternehmer und für künftige Schlachten.
Und zweitens auch im Hinblick der Moral
Flüß jedes Weib nach vielen Kindern trachten.

Ein jeder Tag zeigt uns erneut:
Entfaltung herrscht nur in unten Schichten,
Anders die bessern Stände jederzeit
Sich streng nach jenem Paragraphen richten.

Deshalb vermehret euch mit Gottvertrauen,
Ihr Proletarier und ihre Angestellten!
Rohmt euch ein Vorbild an den echten Frauen
Von sittscheitdurchtränkten Staatsanwälten.

Erich Weinert.

Es winteret wieder

Der April hat sich in rechter und gewohnter Weise eingeführt. Er kam mit Schnee. Viel Schnee sogar. Er bedeckte in den Vororten schon wieder zentimeterhoch. Vorne, Zannspitzen, Blauern, Dächer und ist auf dem Erdreich als weiße farbene Decke, die wir hoch waren, los zu gebreiten. Im Stadtinnern freilich sieht es wieder aus. Jagende Schneeflocken bilden, auf dem Asphalt lange den berühmten „Matsch“, von dem sich alles, was Dresden freudi und stundi, nützt. Dabei wird es kaum immer älter. Die Menschen laufen wieder, die kommen, durch die Straßen, den Kragen hochgezogen, man sieht wieder frierende, schlecht gekleidete Erwerbsarbeit und zu in die Hände hauchend, den Schnee beißen. Den April in seiner Ponne in die Straßen Dresden.

Kommunisten fordern Urlaub für die städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten zum Bundesjägerfest in Nürnberg

Vor Mai 1928 forderte die kommunistische Stadtverordnetenkonföderation in Dresden: Beurlaubung der Arbeiter, Angestellten und Beamten unter Fortzahlung des Lohnes (bzw. Gehalts) zu dem Kreisturnfest in Dresden und dem Bundesjägerfest des Arbeiterjägerbundes in Hannover. Nach langen Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen der Stadtverordneten und in Ausschusssitzungen wurde den Arbeiterturnern und -jägern Urlaub gewährt, der kommunistische Antrag vom Rat und den Stadtverordneten angenommen.

Die Beurlaubung zum Bundesjägerfest wurde vom Stadtverordnetenkollegium angenommen, aber vom Rat abgelehnt. Der reaktionäre Rat stützte sich bei seiner Ablehnung auf ein Gutachten, das einemütig von dem Vorstand des Sächsischen Gemeindetages angenommen worden war (also mit den Stimmen der Sozialdemokraten). Rößisch (SPD) stimmte in der Stadtverordnetenversammlung für den kommunistischen Antrag, im Vorstand des Sächsischen Gemeindeverbandes aber stimmte er dagegen. Durch dieses Doppelspiel der SPD wurde den Arbeiterjägern der Urlaub verweigert.

In Nürnberg findet vom 18. bis 21. Juli das Bundesturnfest des Arbeiter-Turn- und Sportbundes statt. Er-

nent hat die kommunistische Stadtverordnetenkonföderation folgenden Antrag im Dresdner Stadtparlament eingebracht:

- „Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen,
- a) allen städtischen Arbeitern, Angestellten und Beamten, die Mitglieder des Arbeiter-Turn- und Sportbundes sind und an dem Bundesfest in Nürnberg vom 18. bis 21. Juli teilnehmen, unter Weiterzahlung des Lohnes bzw. Gehalts, ohne Abrechnung auf den Erholungsurlaub, Urlaub zu gewähren;
- b) bei dem Arbeitsamt vorstellig zu werden und zu ersuchen, daß an die in Frage kommenden Arbeitslosen für die Zeit des Bundesfestes, unter Weiterzahlung der Unterhaltung, Urlaub gewährt wird.“

Aufgabe des Gesamtbetriebsrates der städtischen Betriebe und der Vereine des Arbeiter-Turn- und Sportbundes muss es sein, diesen Antrag außerparlamentarisch zu unterstützen.

Reicht die Sabotage des Rates, kämpft gegen seine Inhaber, die Sozialdemokraten! Nehmt Stellung zu dem Antrag der kommunistischen Stadtverordnetenkonföderation in den Versammlungen der Turner und Sportler!

Arbeiterkorrespondenz 1928.

Das „rote Wien“, eine sozialdemokratische Phrase

Ein Arbeiter vom Verein für Freudenlertum und Neuerziehung, Ortsgruppe Lenbach-Strehlen, schreibt uns: „Das neue Wien“ vor Vortrapothema am 23.3. in der Mitgliederversammlung. Wir hören, daß Wien unter einer harten sozialdemokratischen Wahrheit Gewaltiges geschieht. Bibliotheken, Bader, Parkanlagen, Kindergärten und herliche Siedlungen gebaut habe. Wien sei die Stadt, wo man für 17 Schilling (1 Schilling = 60 Pf.) gleich 10 Mark pro Monat eine gute Wohnung habe. Der Verdienst schwante zwischen 170 und 200 Schilling, das wären 100 bis 120 Mark pro Monat. Das und ähnliches war der Bericht vom „Neuen Wien“.

Für uns war es leicht, in der Diskussion nachzuweisen, daß man wohl für das Neuherrere, was ins Auge fällt, Neuerungen geschafft habe, aber schon die Ansätze des Verdienstes von 100 bis 120 Mark pro Monat (4½ Wochen) 22–28 Mark pro Woche, das ist, was für ein Hungardlein die Wiener Arbeiter irrsinnig wünschen. Ein vorgetragenes Bild aus der Betriebsrätezeitung, Jahr Nr. 13 zeigt, was für elende Verhältnisse im Betrieb herrschen. Der Brant des Justizpalastes in Wien 1927 erlaubte die Unternehmer zur Heranziehung der Heimwehren in den Fabriken. Wörtlich schreibt die Betriebsrätezeitung:

Die Beamten wurden Kommandanten der Heimwehrabteilungen; in diesen Abteilungen zwangen sie mit weniger oder mehr Gewalt die Arbeiter, die ihnen unterstellt waren. Neue Arbeitskräfte wurden nur dann eingestellt, wenn sie sich als Mitglieder der Heimwehr ausweisen konnten. Arbeiter, die sich sträubten in die Heimwehr einzutreten, wurden aufdringlich, in Lohn und sonstiger Behandlung geschädigt, in verschiedenen Fällen entlassen soll durchgängig aber von allen Vorteilen ausgeschlossen. Die – das muß zugestanden werden – mangelhafte gewerkschaftliche und sozialistische Bildung hat dazu beigetragen, daß die Wertheitlichkeit der Heimwehrskükke, verschärfliche Erfüllung erzielt hat. Es gibt unzählige Fälle, die übrigens jahresmäßig nachgewiesen werden können, in denen ganz Abteilungen, welche im Vorjahr kommunistische Betriebsräte gewählt haben wollten, diesmal ebenso geschlossen – Heimwehrkandidaten wählten. Es gibt Funktionäre beim Heimwehr, die noch vor wenigen Monaten sozialdemokratische Betriebsräte waren. Ein großer Teil dieser Deute erging aus Schwäche den Drohungen, der Angst, einem anderen Teil war die Schwäche nicht klar. Die Heimwehrleute erklärten, gegen jeden Streit zu sein; sie müssen die Heimat gegen die Streitgefahr schützen. Als Brücke für die Erzungenschaften einziger Streits empfingen sie beim Appell einen Händedruck des „Kameraden Werksleiter“. Besonders in den verschiedensten Betrieben der Deuter Alpine Montangesellschaft, die Heimwehren ihre Stützpunkte.

der Alpine werden den Heimwehrleuten nicht bloß Vereinslokalitäten eingeräumt, sondern sogar Schießstätten eingerichtet, in denen während der Arbeitszeit Schießübungen abgehalten werden. Die Feuerwehr erhält sogar dafür, daß man den an einer solchen Schießanlage teilnehmenden Arbeitern das Versprechen abgenommen hat, auch auf „die roten Hunde“ zu schießen.

Man helle sich die Augen vor, welche die klassendemokratischen Arbeiter in solchen Unternehmungen zu erleiden haben! Man denkt sich aus, wie es Arbeitern zu Mute ist, die im Betriebe Heimwehrleute in den Betriebsrat wählen müssen, nachdem sie längst zuvor bei der Wahl der Gemeindevertretung eine sozialdemokratische Dreimehrheit gebildet hatten. Dabei veröffentlichte das Blatt der Heimwehr einen Vortrag, den die Alpine Montangesellschaft mit der Holmwehr abschlossen hatte, wonach neue Arbeiter ausschließlich aus der eigens geschaffenen Vermittlung der Heimwehr aufgenommen werden sollten.“

Das alles zeigt uns klar, daß im sozialdemokratischen, im „Roten Wien“, der Hunger und der Faschismus triumphieren. Die Wiener sowie die gesamte Arbeiterchaft wird nur Befreiung finden im revolutionären Kampf gegen den Kapitalismus und seinen Verbündeten, den Reformismus. Dieser Bericht der Betriebsrätezeitung beweist das aufs deutlichste.

Arbeiterkorrespondenz 1928.

Das 4. Reichstreffen des RBB im Film

Der wichtige Aufmarsch zu Plingten 1928 ist verfilmt und wird für Ostholzen in folgenden Orten gezeigt:

Heute, am 3. April 1928
in Bautzen im Gashof Drei Linden um 19.30 Uhr
Leuben am 4. April, Stephenion-Lichtspiele;
Birna am 15. April im Volkshausaal;
Freital am 6. April im Sächsischen Wolf;
Dresden am 7. April um 19 Uhr in den Lichtspielen Freiberger Platz, und am 8. April um 19.30 Uhr im Bürgergarten, Bünder Straße 16.

Der Arbeiter fotografiert

Zur 2. Ausstellung der Arbeiterfotografen, Ortsgruppe Dresden

Zur gleichen Zeit, zu der der 3. Reichstagtag der RBB in Dresden tagte, im gleichen Gebäude zeigten die Arbeiterfotografen der Ortsgruppe Dresden in einer zweiten Ausstellung seit ihrem Betriebe ihre Arbeiten. Verfehlt wäre es, an dieser Ausstellung nicht ihr Ziel zu übersehen, da innerhalb der Reihen der Arbeiterfotografen über das Ziel, die Aufgaben und die Planung mit erfreulicher Offenheit gesprochen wird. Was der Arbeiterfotograf als Motor des proletarischen Klassenkampfes darstellt, lassen wir ihn deshalb wie folgt am besten selbst sagen:

„Die Technik hat im letzten Jahrhundert den Menschen einen großen Zahl praktisch verwendbarer Erfindungen zum täglichen Gebrauch übergeben. Ihre Fülle und Kompliziertheit ist mit einem Bild nicht mehr zu überdecken. Von der Futuronischen Konstruktion des Dampfschiffes und der Brüder Mongolfier erstem Luftballon Ende des 18. Jahrhunderts bis zu den großen Erfindungen der Gegenwart: Aeroplano, Film, Radio und Bildfunk, in die Jetzspanne von kaum 150 Jahren gedrängt voll von technischen Entdeckungen und Neuerungen aller Art. Eine der wichtigsten von ihnen ist die Kamera, der fotografische Apparat, dessen Existenz die Voraussetzung für Film und Bildfunk war.“

Es ist oft gefragt worden, ob der neuzeitliche, mit technischem Komfort lebende Mensch glücklicher sei als der in primitiven Verhältnissen lebende des Mittelalters oder gar vorgehispischer Zeiten. Abgesehen davon, daß diese Frage wenig Bestandnis für die Mechanik des Daseins und die Pinse der menschlichen Kreatur verrät – sie soll nicht überhört werden, weil sie die Grundfrage alles Denkens enthält: die nach dem Glück der Menschheit und, weil sie gleichzeitig dem Abwehrgefühl des modernen Menschen gegen Stein und Stahl und Motor auspricht, zwischen denen er lebt. Deswegen aber ist die Frage falsch gestellt, weil sie die Antwort vorausnehmen der Technik ist Schuld an der Unzulänglichkeit des modernen Lebens geben will. Schuld, weil trotz der Verwirklichung jahrtausende alter Träume das Leben nicht gerechter, nicht tollerer, nicht schöner geworden ist für die großen Massen.“

Der Arbeiterfotograf stellt sich als Klassengenosse der besetzten Menschheit gegen die lebensmüde Parole von der guten alten Zeit und setzt ihr kein künstlerisch und zukunftsprechendes und zukunftsreiches Programm entgegen: Erhöhung der Technik, ihre Anwendung zum Nutzen aller, zur Verschönerung

des gesamten Daseins, zur Ausrichtung einer wahrhaften Kultur.

Ist die Kamera der Vorläufer des negativen Films, in übertragenem Sinne des Radios und des Bildfunks, so führen sich die ersten technischen Spezialisten des Proletariats, die Arbeiterfotografen, als die Vorläufer jener Arbeitergruppen, die in einer nicht mehr fernen Zukunft die Mittel der neuen Technik in den Dienst des neuen, proletarischen Lebens stellen werden.

Die Vereinigung der Arbeiterfotografen Deutschlands ist also bewußt ein Anfang. Sie lebt ihre Mitglieder, die Kamera zu verwenden, so zu verwenden, wie es für den Kampf der Arbeiter um die Welt notwendig ist. Sie erzieht ihre Mitglieder zu Foto-Reportern, die die Welt so zu erkennen, wie sie wirklich ist, alle ihre Gegenseite, die dünne Schicht des Luxus, die breite Front der ausgebeuteten Arbeit.

Die Arbeiterfotografen werden immer stärker ihre Können in den Dienst der Arbeiterprese stellen und immer deutlicher beweisen, daß sie keinen Verein von dilettantischen Fotoliebhabern bilden, sondern daß sie eine bewußte Hilfsgruppe der kämpfenden Arbeiterschaft sind.

Wir zeigen aber trotzdem einige landstädtische Aufnahmen, um auch unser Können auf diesem Gebiete zu beweisen.

Die 2. größere Ausstellung fotografischer Arbeiten von Proletariern in Dresden zeigt vor allem zweierelei: den schweren, oft noch in technischen Unwägigkeiten liegenden Anfang und das große Ziel. Sie zeigt aber auch den Unterschied zwischen den bürgerlichen Presse- und Liebhaberfotografen, die für Geld zum Zeitvertreib fotografierten, und dem fotografierenden Arbeiter, der seine Kamera in den Dienst seiner Klassenidee stellt. Dieser Unterschied wird sich folgerichtig auf die gesamte Leistung der Arbeiterfotografen aus. Sie fotografieren nicht für das Album, um es später einmal in einer himmungsvollen Stunde der Erinnerung zu durchblättern, während das Herz sentimental klopft, sondern für den Tag, für die Stunde, für den Kampf. Ihre Lichtbilder sollen Waffen sein und keine mehr oder weniger ästhetischen Idyllen des Privatlebens.

Wer unsere Ausstellung aufmerksam unter Berücksichtigung unseres Programms betrachtet, wird erkennen, daß viele unserer Fotos Berichte aus der Wirklichkeit sein wollen; sie wollen im Bilde einen Augenblick, eine Aktion oder einen Zustand so treffend wiedergeben, daß der Beschauer Schluß ins Allgemeine ziehen muß.

Diese Forderungen sind noch nicht durch jede Aufnahme erfüllt. Viele Fotos sind nichts anderes als Schulaufnahmen zur Erlernung des technischen Materials, noch nicht bewußte und gekonnte Anwendung zum erzielten Zweck. Sel tener wird man jene üblichen Bilder finden, die das Um und Auf des Kurfotografen ausmachen. Die Schönheit an sich, die ja immer in Klich, Süßigkeit und Banalität ausartet, wird von den Arbeiterfotografen nicht gefunden.

Wir sind der Meinung, daß dort, wo ein wirklicher, wahrer Inhalt ist, notwendig eine klare große Form entsteht. Wir legen keinen Wert darauf, daß man diese Kunst und uns vielleicht sogar Künstler oder mit einem böslichen Wort Fotofotönlister nennt. Das Ichnen wie streng ab. Wir sind Arbeiter, unser Fotografieren ist Mittel zum Zweck, unsere Bilder erheben Anspruch auf praktische Wirkung, nicht auf ästhetische Klassifikation. Wir selbst wollen anonym bleiben.“

Wenn wir diesen grundsätzlichen Darlegungen noch etwas hinzuzufügen haben, so die Aufforderung an jeden fotografierenden Arbeiter:

Hinein in die Vereinigung der Arbeiterfotografen Deutschlands!

Brand bei Billeroy & Boch, Dresden

Am Dienstag mittag entstand im Saalbau der Firma Billeroy & Boch, Keramik-Werke AG, auf der Leipziger Straße in einem massiven Schuppen ein Brand, der unter großer Rauchentwicklung nach einer beträchtlichen Ausdehnung ansetzte. Den vereinten Kräften der gesamten Feuerwehr gelang es in kurzer Zeit, des Feuers Herr zu werden. Unter der Einwirkung der großen Hitze glühte das starke Metallblechdach und brach schließlich ein. Nach den Erstlösungen, die von Direktionsseite vorgenommen wurden, soll der Brand auf Fahrlässigkeit (!) bei verbotswidrigem Rauchen während der Mittagspause zurückzuführen sein (!!!). Eine Betriebsstörung tritt durch den Brand nicht ein. Alles hier ist der Arbeiter hat Schuld.

Schwere Verletzunfälle in Dresden. Am ersten Ostermontag stiegen an der Ecke der Berg- und Reichsstraße ein Auto und ein Motorfahrrad zusammen. Der Motorfahrrader und sein Begleiter wurden auf die Straße geschleudert und erlitten nur leichte Verletzungen, während die Fahrgäste des Autos gegen die Windabwehrstange stießen und sich dabei im Gehäuse festsetzen mussten. Sie wurde nach ihrer Wohnung in Dippoldiswalde übergezogen. – In Dresden-Oberlind an der Planitzstraße, war der 15jährige Kraftwagenfahrer Max Marquardt aus Görlitz in angehobelter Stellung einem nahenenden Kraftwagen entgegengestellt, wurde von diesem angefahren und tödlich verletzt. Der Kraftwagenfahrer und sein Begleiter stiegen an den Betonmauern der Straßenbelairleitung an und erlitten schwere Verletzungen, daß sie nach dem Krankenhaus gebracht werden mußten. – Ecke Wartburg- und Paul-Gerhardt-Straße kam es am Ostermontag zu einem schweren Zusammenstoß zwischen einem Personenauto und einem Lieferkraftwagen. Der Führer des Lieferwagens wurde schwer verletzt nach dem Kronenhaus gebracht werden. – Am Sonntag fuhren auf der Kreuzung Schäfer-, Weißeritzstraße zwei Motorfahrräder von auswärts gegeneinander. Einer der Fahrräder und dessen Fahrer wurden schwer verletzt. – Am Sonntag fuhren auf der Leipziger Straße ein 22 Jahre alter Arbeiter von hier schwer verletzt. Er war mit seinem Motorrad gegen einen halbtonnen Kraftwagen, der wahrscheinlich leicht betriebe war, gefahren. Das Rad wurde schwer beschädigt.

Gewerkschaftsausflug. Donnerstag den 4. April, vorwiegend 11 Uhr, im Bürgerpark, alle erwachsenen Betriebsangehörigen und RBB-Komraden. Fraktionierung. Erscheinen ist Pflicht!

Der Deutschlehrer hat einen Teil unserer Zeit in der getragenen Ausgabe eines bösen Streich gespielt. Im alten Teil muß es im vorletzten Absatz der Loslösungssprüche „Frieden in der Großstadt“ richtig heißen: „Die Straße führt dich nicht zum Frieden, in den noch ein bettelnder Ziegharmonikspieler ein wehmüdiges Geleise von Kriegsmusikladien mit fröhlicher Kameramolung zum Läuft.“ Ah und zu überträgt das Geleise und Gedanke einer vorübergehenden Straßenbedrohung alles andere.“

Bantrott der reformistischen Eisenbahnerbureauaufrat

Die Kritik gegen Kampfleistungen / Klumpe Zeichungsmaister der Dresdner Betriebsleitung des S.D.E. Bettelbrief des Transport-Internationale an die Reparations-Konferenz / Organisiert den Kampf / Wählt Streikleistungen!

Seit 1. April herrscht im Domänenbahnbetrieb in den Bahnhöfen die Arbeitszeit zu einem katastrophalen Zustand. Seit Wochen gehen die Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und den Vertretern der Reichsbahn-AG hin und her. Dorpmüller hat es brutal abgelehnt, den Eisenbahner auch nur einen Penny Lohnzehrung zu bewilligen. Er verweist sie darauf, daß er ihnen doch schon wiederholte Male in aller Offenheitheit bestätigt habe, daß er mit den Leistungen vollauf zufrieden sei und er könne ihnen auch heute nur den Dank für ihre aufopferungsreiche Arbeit aussprechen. Franz Scheffel, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und Erster Vorsitzender des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, erklärte noch vor Kurzer Zeit mit größtem Pathos, die Eisenbahner werden sich höhere Löhne zu erringen wissen. Der kleine Franz ist sehr still geworden. Nichts hört man mehr von ihm, ja er zieht es sogar vor, bei der Beratung des Betriebsrats im Reichstag zu schweigen und durch ein Kapitulieren zu bestätigen, daß er die Dorpmüller-Politik gar nicht so schlecht finde. Anders keine sozialen Freunde. Radikale Töne bringt die Beisetzungsschäfte des S.D.E. zum Ausdruck und großmäig verkündet sie, daß der Einheitsverband sich die Verschleppungspolitik von Dorpmüller nicht mehr länger gefallen lasse. Sonder die Eisenbahner müssen jetzt zum Kampf schreiten.

Franz Scheffel, der Freund Hermann Müllers und Hilferding's, hatte auf letzten Donnerstag seinen Verbandsvorstand nach Berlin zusammenberufen, um mit ihm die augenscheinliche Lage zu besprechen. Wer nun glaubt, daß dieser Verbandsvorstand entscheidende Maßnahmen beschließen würde, löscht sich gewiß. In der Vergangenheit, die der Vorstand des S.D.E. heraustrug, wird sofort erwähnt, daß man sich mit der Frage der weiter zu unterschreitenden Schritte befiehlt habe, um so ausführlicher über Spricht die Pressemeldung davon, daß der Vorstand des S.D.E. alle Maßnahmen ergreifen werde, um die Bildung von roten Kampfleistungen zu verhindern.

Angesichts sind aber einige Details aus den Beschlüssen, die im Vorstand getroffen wurden, in die Öffentlichkeit gedrungen. Wie im letzten Jahr, so soll auch dieses wieder nicht eine allgemeine Maßnahmenabschaltung der Eisenbahner stattfinden, sondern Franz Scheffel und seine Freunde bedenken an der Wallstraße und in Sachsen einige Strohfeuer zu entzünden. Hamburg, Dresden, Chemnitz, Cöln, Hannover und Magdeburg sollen die Streikposte erhalten. Über nicht etwa die gesamte Eisenbahnerheit dieser Orte, nein, nur einige ungewöhnliche Teile soll man in den Kampf stossen. Daß eine solche Katastrophenpolitik von sofern keinem zur Rücksicht der Eisenbahner führen mag, ist jedem klar befindlichen Menschen verständlich, nur Franz Scheffel und seinen Freunden nicht.

Ungeheure Profite hat die Reichsbahn in den letzten Jahren eingeholt. Die Rationalisierung führte zur brutalen Ausbeutung der Arbeiterschaft. Die Entwicklung der Nebenleistung bei der Reichsbahn zeigt, daß die Höhe der geleisteten Bruttolöhne pro Kopf des Personalaufwandes im Monatsdurchschnitt vom Jahre 1925 von 2853,8 auf 3563,8 im Jahre 1928 gestiegen ist. Als eine Steigerung um 24,9 Prozent. Die Löhne der Eisenbahner aber haben in der Zwischenzeit nur eine Steigerung um 11 bis 13 Prozent erreicht.

Dorpmüller erklärt, die Damaskosäulen sind so groß, daß es unmöglich ist, den Eisenbahner auch nur 1 Pf. Lohnzehrung zu bewilligen. Millionen aber hat der Verwaltungsrat der Reichsbahn zur Verfügung für den Bahnhofskauf für ein raffiniertes Prämienystem und für die Bierkassen seiner Beamten. Das alles weckt den Einheitsverband der Eisenbahner. Doch Gott segne das ganze Sollent Dorpmüller zu kämpfen, das tut ein Teil des allgemeinen kapitalistischen Systems. Es ruft den Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands und die sozialdemokratische Transportarbeiter-Internationale um Hilfe an. Der Vorsitzende, das Organ der Sozialdemokratie Frankreichs, veröffentlicht einen Bericht, wonach die Transportarbeiter-Internationale an den in Paris tagenden Reparationskonsolidierungsausschuß ein Schreiben gerichtet hat, wo auf die besonders ungünstige Lage, in der sich die deutschen Eisenbahner durch die Bestimmungen des Dawesplanes befinden, hingewiesen und gemündigt wird, daß bei der endgültigen Reparationsregelung die Lage der Eisenbahner berücksichtigt wird. Der Exekutivausschuß der Transportarbeiter-Internationale wünscht von

der Reparationskommission empfohlen zu werden, um die Wünsche der deutschen Eisenbahner zu unterstreichen. Franz Scheffel, der im Kampf gegen die Opposition scharf ein Mittel zur Hand hat, der brutal und rücksichtslos die Organisation der Eisenbahner zerstört, ruft die kapitalistische Reparationskonferenz um Hilfe an. Mit Kraft und Entfernung will anscheinend Franz Scheffel nach Paris fahren, im Koffer das Material von Dorpmüller, und bei der Reparationskonferenz den Wunsch unterstreichen, daß der deutschen Reichsbahn einige Millionen Mark von den zu leistenden Beträgen nachzulassen. Die

Eisenbahner sind sich darüber klar, daß die Reparationskommission ihre Maßnahmen nur im Interesse der internationalen Bourgeoisie trifft, sie wollen ferner, daß selbst wenn die Reparationskonferenz beschließe würde, daß die deutsche Reichsbahn 100 Millionen Mark weniger abzuführen hätte, die deutschen Eisenbahner auch nicht einen Penny mehr Lohn erhalten würden. Für die Arbeiter und unteren Beamten der Reichsbahn AG deckt es darum, nicht zu warten, bis am grünen Tisch der Schachter über ihre Lebenslage denkt, sondern zur Waffe des Kampfes zu greifen. Jetzt über Übern bei dem gestrigerten Verfehl wäre die heile Situation für die Eisenbahner gewesen, ihre Lohnforderungen voll durchzuwickeln. Die Arbeiterschaft hätte dies verstanden und hätte die Eisenbahner in ihrem Kampf unterstützen. Doch auch in den nächsten Tagen und Wochen ist die Zeit überaus günstig, doch müssen die Eisenbahner verlangen, daß nicht eine einzelne Kategorie oder einzelne Orte in den Kampf gezogen werden, sondern daß ein allgemeiner Kampf der Eisenbahner proklamiert wird. Dies wird und kann allerdings die reformistische Gewerkschaftsbauernfrage nicht tun, sie ist auf Leben und Tod mit dem Kapitalismus und dem Staatapparat verbunden. Die Eisenbahner müssen darum ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen und in allen Betrieben und Werkstätten die Arbeiterschaft zum Kampf gegen die Reichsbahnhauptverwaltung und für die Lohnforderungen mobilisieren. Überall gilt es, revolutionäre Kampfleistungen zu wählen, die Opposition im S.D.E. zu stärken und bei den Betriebsrätewahlen reale, klassebewußte Betriebsräte in die Reichsbahndirektionen zu jagen.

Eisenbahner Dresden!

Heute Mittwoch 19.30 Uhr im Kristallpalast. Schäferstr. Mitgliederversammlung des Einheitsverbandes. Stellungnahme zur Lohnbewegung.

9- bis 12-Stunden-Tag bei vier Millionen Arbeitslosen

Statistische Erhebungen in der chemischen Industrie

Das Statistische Reichsamt nordöstlich Hauptergebnisse der amtlichen Lohnreihung in der chemischen Industrie, die auch Angaben über die Arbeitszeit bringen. Hierzu arbeiten in der chemischen Industrie die meisten Betriebsarbeiter und Arbeitnehmer weit mehr als 8 Stunden täglich oder 48 Stunden wöchentlich.

Von den über 21jährigen männlichen Betriebsarbeitern arbeiten 60,7 Prozent der Zeitlohnarbeiter und 61 Prozent der Stücklohnarbeiter mehr als 48 Stunden in der Woche. Von den über 21jährigen Handwerkern sind es 60,2 Prozent bzw. 78,1 Prozent und von den über 21jährigen weiblichen Arbeitern in der Produktion 24,4 Prozent bzw. 34,1 Prozent.

In derselben Zeit, in der rund 4 Millionen Arbeitslose nach Arbeit suchen, wird mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaftsbauernfrage Millionen von Betriebsarbeiter zugemessen, 8,10 und noch mehr Stunden täglich zu arbeiten.

Einheitlich müssen Betriebsarbeiter und Arbeitnehmer für höhere Löhne und für den Acht- bzw. Siebenstundentag bei Neu-einstellung der Arbeitslosen den Kampf aufnehmen.

Wie wird der Betriebsausschuß und der Betriebsratsvorsitzende gewählt?

Nach § 27 des Betriebsratgesetzes bzw. § 33 der Wahlordnung zum B.A.G. ist überall dort, wo der Betriebsrat 9 oder mehr Mitglieder zählt, aus dessen Mitte nach den Grundlagen der Verhältnismäßigkeit ein Betriebsausschuß von 5 Mitgliedern zu wählen. Hat der Betriebsrat sowohl Arbeit wie Angestellte als Mitglieder, so dürfen die Mitglieder des Betriebsausschusses nicht sämtlich der gleichen Gruppe angehören, sondern sind dem Gruppenanteil entsprechend zu verteilen.

Der Betriebsausschuß wählt aus seiner Mitte den ersten und zweiten Vorsitzenden. Die Wahl des Betriebsausschusses findet in der zu diesem Zweck zusammenberufenen Betriebsratsversammlung unter der Leitung des östlichen Betriebsratsvorsitzenden statt. Dieser hat in der Sitzung zur Einreichung von Vorlagslisten mit dem Hinweis darauf aufzufordern, daß die Stimmabgabe an die Vorlagsliste gebunden ist.

Es genügen 2 Unterschriften unter die Vorlagslisten. Eingezeichnete Vorlagslisten können von den Unterzeichnenden wieder zurückgenommen werden.

Die Wahl ist öffentlich.

Hat der Betriebsrat weniger als 9 Mitglieder, so wählt er aus seiner Mitte mit einfacher Stimmenmehrheit einen ersten und zweiten Vorsitzenden. Wenn im Betriebsrat sowohl Arbeiter wie Angestellte als Mitglieder vertreten sind, so dürfen die beiden Vorsitzenden nicht der gleichen Gruppe angehören.

Gänschen, im Du und Blücher," dachte er in bezug auf das Töchterlein des Gewerkschaftssekretärs, das, düstig aufgeputzt wie eine Ehrenjungfrau mit geblümtem Puppengeicht, saß. Die Oberiaths hatten dunkelblondes Haar, niedliche Stumpfnasen und kannte graublaue Augen, die, wenn sie die langen Wimpern aufschlugen, einem unerfahrener Wierundzwanzigjährigen gejährt werden konnten.

Sukrow, der schwachsinnig mit allen dreien tanzte, wußte nicht, ob er sich für Gertrud oder Lucie entscheiden sollte. Diese peinliche Frage löste ein schwangeres Baumwollanleger aus, der Lucie bei jedem Tanz sofort für den nächsten engagierte, so daß er sich nunmehr gänzlich an Gertrud hielt. Sehr zur Entrüstung der Frau Gewerkschaftssekretär, die höchst bestimmt mit ihrem schwangerein Töchterlein gegen elf Uhr das Feld räumte. Auch Frau Oberiath verabschiedete sich bald darauf.

"Verziehung, meine Herrschaften," nöselte der Schmäßige, „wenn Sie nichts dagegen haben, nehme ich hier ein bisschen Platz. Geklärt! Seien Sie: Kuhlenkamp — Bergedorf!"

„Was trinken die Herrschaften?“ fragte der hinzutretende Kellner, die halben Bierkrüge abräumend.

„Bringen Sie mal die Weinflasche — Sie gefallen doch ich eindeutig,“ verbeugte sich abermals der Lange.

„Rebenan!“ genüßlich, da gibt's bühliche Eden, wo man nicht so wie hier auf dem Paradieseller sitzt,“ lagte Lucie mit vielmehrprechendem Augenaufschlag.

„Ich sol — Sie wissen hier schon Bescheid? — Nun, ich bin von Oberhausen und heute das erstmals hier. Aber selbstverständlich ziehen wir da um.“

Um zwölf Uhr verließte wegen der eingetroffenen Polizeiunruhe das elterliche Licht. Statt dehnen wurden an den Kronleuchtern die Spiritusglühlampen von der Gasleitung her aufgehängt, aber die ganzen Seitenläufen des Saales verblieben in prasselndem Halbdunkel, lebt zur Freude der liebesbedürftigen Jugend, die sich von der lästigen elterlichen Aussicht bereit hält. In die Musik mischte sich Singen, Lachen, Kreischen und Stöhnen; eine hämische Atmosphäre breitete sich aus.

Die älteren Herrschaften batten sich in die zweiten Wirtschaftsräume zurückgezogen, wo sich an behaglichen Künstlichen beim Regenbogen-Gambrinus buntigten.

Policylehre?

Es hatte sich was, wenn der Polizeigewaltige, Bürgermeister Vincenti, den Anführer macht. Da prangte er im Kreise der Herzen vom Wehrstand, hinter einer Batterie gekreuzter Rotweinfässer und fühlte sich offensichtlich sehr wohl. Neben ihm lag Gewerkschaftssekretär Reesje, der mit meinrotem Gesicht Mi-

Oppositioneller Holzarbeitererfolg

Solingen, 20. März. Bei den Wahlen zum Holzarbeiter-Beschäftigten wurde für den Bezirk Solingen Genossen Lenz, Solingen, als Kandidat der Opposition aufgestellt. Er erhielt in Cleve 58 Stimmen, in Biesen 158 Stimmen und in Solingen 174 Stimmen.

Auf die reformistischen Kandidaten entfielen in Cleve acht Stimmen, in Solingen eine und in Biesen gar keine. Auch in den anderen Orten des Wahlkreises dürfte das Ergebnis ein ähnliches sein, so daß die Wahl des Genossen Lenz als Vertreter der revolutionären Opposition im Holzarbeitererwerb gesichert ist.

Bauarbeiter erzwingen Wiederaufnahme Ausgeschlossener

Breslau, 20. März. In der Sitzungsversammlung der Bauarbeiter wurde im Anwesenheit von 400 Kollegen beschlossen, den Austritt von vier oppositionellen Kollegen zugesagt zu machen. Bei der nachgelgenden Wahl wurden vier oppositionelle Kollegen in die Sitzungsleitung gewählt.

Achtung, KPD-Strassenbahner!

Alle bei der Dresdner Straßenbahn beschäftigten Kommunisten haben am

Donnerstag den 4. April 20 Uhr in einer außerordentlich wichtigen Versammlung im Brandenburger Hof zu erscheinen.

Zentralverband der Angestellten. Donnerstag den 4. April, 20 Uhr, im großen Saal der Kaufmannschaft, Ostra-Allee 2. Bildungsabend für die weiblichen Angestellten.

Kolporteur-Konferenzen

An diesen Konferenzen müssen die politischen Seiter der Ortsgruppen teilnehmen. Zahrgeld wird erwartet.

Birken: Montag den 8. April um 19.30 Uhr im Volkshaus. Freital: Mittwoch den 10. April um 19.30 Uhr im Kinderheim der ZVH.

Weizen: Freitag den 12. April um 19.30 Uhr, Seemannsruhe. Bautzen: Dienstag den 16. April um 19.30 Uhr bei Schulz, Wendischer Graben.

Zwickau: Donnerstag den 18. April um 19.30 Uhr im Welt. Lokomotive.

Zittau-Ebersbach: Sonntag den 21. April um 19.30 Uhr in der Volksschule in Zittau.

Dresden: Montag den 22. April um 19.30 Uhr im Restaurant Große Schnorr, Ecke Uhlandstraße.

Verantwortlicher Redakteur für Politik: Bruno Goldammer; für Gewerkschaftliches: Richard Spiegel; für Soziales: Gustav Egon; für Kultur: Siegfried Schäffer; für den Internationale: Walter Bierfeld; künstlich: Werner. Verlag: Dresden Verlagsgesellschaft m.b.H. Dresden.

Brennende Ruhr

Roman von Karl Grünberg

Copyright by S. Fischer Verlag, Berlin

Wöchentlich steht er auf zwei bekannte Gesichter: Reesje und Oberiath! Es war ihm zwar peinlich, die Parteigenossen hier, wo er sich nach Großes Rezept mal richtig austoben wollte, anzutreffen, konnte aber natürlich einer Begrüßung nicht aus dem Wege gehen. Die beiden Arbeiterväter lächelten aufträchtig erfreut, den jungen Mann hier zu treffen, und stellten ihm einen älteren Herrn, dessen Kopf wie ein Rübis mit Schnitt und Hörnchen aussah, als Bürgermeister Dr. Bremebühl vor. Jeder hatte für ihn ein paar verbindliche Worte, läppste ihm wohlwollend auf die Schulter, und seine Tafeln füllten sich mit Anmeldezetteln und Werbezettelchen: „Schaut euer Heim und eure Familie, tretet der Einwohnermeile bei!“ oder „Was will die technische Nachhilfe?“ usw.

Damit aber noch nicht genug, schleppten ihn die beiden Gesellen zu einem Tisch, wo sie schon von den besten Höflichkeiten erwartet wurden. Wieder gab es höflich-sitzigeremonien! Die beiden Frauen, die den jungen Mann sofort mit Kennermiene zum Schwiegersonnenpizzen erfreuten, platzierten ihn mit müttelicher Sorgfalt — die kleinen Widerstreit duldete — zwischen sich, so daß ein Eintrinnen unmöglich erschien. Dann begann ein ebenso liebenswürdiges wie hochpeinliches Verhöre über seine liebsten als auch häuslichen Verhältnisse. Sie mußten darüber schon zum Tell orientiert sein, denn trotz seines lächelnden Einwandes redeten sie ihn fortgesetzt mit „Herr Doktor“ an.

Frau Oberiath, eine kleine rundliche Frau mit munterem lächelndem Mundwerk, mührte sich dabei, recht hochdeutsch zu reden, was der Bremebülden, ließ und würdevoll daselbst. Frau Gewerkschaftssekretär Beratung gab, ihrem gegenüberliegenden Tächterlein Ilse auf den Fuß zu treten. Dabei erwischte sie aber den Fuß von Lucie Oberiath, die, den wuchtigen Anzug von dem interessanten Studenten wühlend, kräftig zurückprallte. Während unter dem Tisch die Türe in Gang kam, lachte Ernst das Geschäftsfeld oberhalb deselben. „Dummes

Gänschen, im Du und Blücher,“ dachte er in bezug auf das Töchterlein des Gewerkschaftssekretärs, das, düstig aufgeputzt wie eine Ehrenjungfrau mit geblümtem Puppengeicht, saß. Die Oberiaths hatten dunkelblondes Haar, niedliche Stumpfnasen und kannte graublaue Augen, die, wenn sie die langen Wimpern aufschlugen, einem unerfahrener Wierundzwanzigjährigen gejährt werden konnten.

Sukrow, der schwachsinnig mit allen dreien tanzte, wußte nicht, ob er sich für Gertrud oder Lucie entscheiden sollte. Diese peinliche Frage löste ein schwangeres Baumwollanleger aus, der Lucie bei jedem Tanz sofort für den nächsten engagierte, so daß er sich nunmehr gänzlich an Gertrud hielt. Sehr zur Entrüstung der Frau Gewerkschaftssekretär, die höchst bestimmt mit ihrem schwangerein Töchterlein gegen elf Uhr das Feld räumte. Auch Frau Oberiath verabschiedete sich bald darauf.

„Verziehung, meine Herrschaften,“ nöselte der Schmäßige, „wenn Sie nichts dagegen haben, nehme ich hier ein bisschen Platz. Geklärt! Seien Sie: Kuhlenkamp — Bergedorf!"

„Was trinken die Herrschaften?“ fragte der hinzutretende Kellner, die halben Bierkrüte abräumend.

„Bringen Sie mal die Weinflasche — Sie gefallen doch ich eindeutig,“ verbeugte sich abermals der Lange.

„Rebenan!“ genüßlich, da gibt's bühliche Eden, wo man nicht so wie hier auf dem Paradieseller sitzt,“ lagte Lucie mit vielmehrprechendem Augenaufschlag.

„Ich sol — Sie wissen hier schon Bescheid? — Nun, ich bin von Oberhausen und heute das erstmals hier. Aber selbstverständlich ziehen wir da um.“

Um zwölf Uhr verließte wegen der eingetroffenen Polizeiunruhe das elterliche Licht. Statt dehnen wurden an den Kronleuchtern die Spiritusglühlampen von der Gasleitung her aufgehängt, aber die ganzen Seitenläufen des Saales verblieben in prasselndem Halbdunkel, lebt zur Freude der liebesbedürftigen Jugend, die sich von der lästigen elterlichen Aussicht bereit hält. In die Musik mischte sich Singen, Lachen, Kreischen und Stöhnen; eine hämische Atmosphäre breitete sich aus.

Die älteren Herrschaften batten sich in die zweiten Wirtschaftsräume zurückgezogen, wo sich an behaglichen Künstlichen beim Regenbogen-Gambrinus buntigten.

Policylehre?

Es hatte sich was, wenn der Polizeigewaltige, Bürgermeister Vincenti, den Anführer macht. Da prangte er im Kreise der Herzen vom Wehrstand, hinter einer Batterie gekreuzter Rotweinfässer und fühlte sich offensichtlich

